

WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

Feber 2022



*Auf dem Weg zur
„Neuordnung Europas“?
(Waldfriedhof Oberursel/Ts.)*

| Inhalt: | | | |
|---|-------|--|--------|
| 01. Die Beneschdekrete bleiben | S. 03 | 09. Die Welt verstehen | S. 09 |
| 02. 25 Jahre Deutsch-tschechische Erklärung | S. 04 | 10. Suboptimale Hochglanzbroschüre der SL | S. 10 |
| 03. Museumseröffnung in Aussig | S. 05 | 11. Der Umbau eines Staates | S. 11 |
| 04. Weltkongress der Uiguren in Prag | S. 05 | 12. Richtigstellungen zur Protektoratserrichtung | S. 13 |
| 05. Das Wort des Vorsitzenden | S. 06 | 13. Tschechen in der deutschen Wehrmacht | S. 19 |
| 06. Mehr Deutsche bei Volkszählung | S. 07 | 14. Gregor Mendel im Glück | S. 21 |
| 07. Filmpremiere über DFC Prag | S.07 | 15. Stalins Krieg? (Buchvorstellung) | S. 22 |
| 08. Pandemie einst und jetzt | S. 08 | 16. Blutiger Sommer 1945 (Buchvorstellung) | S. 23. |

Impressum

DER WITIKOBRIEF.

(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)

Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 16 Euro; für Mitglieder frei.

Herausgeber: Witikobund e.V

V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 01707029867.

Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;

e-Post: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de

Druck: Wolfring, An der Riedwiese 6, 61250 Usingen

Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!

Bankverbindungen: Hypo Vereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX); (alt: Kto. 6880 157 106, BLZ. 700 202 70); Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF; (alt: Kto. 152 360-803; BLZ. 700 100 80)

Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, Von Raumer-Str. 25, 91550 Dinkelsbühl Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)

Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 64. Jahr!

Aus dem Jahre 1920:

Die Staatsrechtliche Erklärung

Nachdem Tschechen und Slowaken die Verfassung ... und die ersten Gesetze ihres Staates unter Ausschluss der anderen Ethnien geschaffen hatten, fand am 18. April 1920 die erste Wahl statt. Danach befanden sich unter den 300 Abgeordneten des Parlaments auch 72 Deutsch-Böhmen. Diese waren aber mehr oder weniger nur Alibi-Abgeordnete, weil sie gegen die tschechoslowakische Übermacht nichts bewirken konnten. Bei der Eröffnungssitzung trugen daher der Deutsche Parlamentarische Verband und der Klub der Deutschen Sozialdemokratischen Abgeordneten eine „staatsrechtliche Erklärung“ vor, die in die Geschichte eingegangen ist:

„Die Deutschen Böhmens, Mährens, Schlesiens und der Slowakei hatten niemals den Willen, sich mit den Tschechen zu vereinigen. Die Tschechoslowakische Republik ist das Ergebnis eines einseitigen tschechischen Willensaktes....Die gesamte tschechoslowakische Gesetzgebung, einschliesslich der oktroyierten Verfassung, stellt eine Verletzung des Minderheitenschutzvertrages dar. Wir verwerfen die Fabel vom rein tschechischen Staat, von der Tschechoslowakischen Nation und Sprache und werden niemals die Tschechen als Herren anerkennen. Wir verkünden feierlich, dass wir nie aufhören werden, das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes zu fordern...“

*„Der Witikobund ist im Dreiklang der Sudetendeutschen Gesinnungsgemeinschaften unentbehrlich“
(Wenzel Jaksch, 1958)*

Die „Dekrete“ bleiben (leider)

Das Prager Innenministerium kündigte an, im neuen Jahr etwa 8.000 überholte Rechtsnormen zu streichen. Sofort dachten die Sudetendeutschen an die Beneschdekrete. Diese waren aber in dem gleichzeitig veröffentlichten Verzeichnis nicht enthalten. Das konnten sie auch kaum, da sie so etwas wie die Grundlage des tschechischen Staates sind.

Bemitleidenswert allerdings der Staat, der auf solche Grundlagen angewiesen ist und fast noch schlimmer, wenn seine Nutznießer beginnen, sie rabulistisch zu rechtfertigen. In der Eigentumsfrage berufen sie sich auf die verschiedenen Reparationsverhandlungen (1952: Bonn, 1954: Paris, 1990: 2+4-Vertrag). Dort hätte Deutschland auf deutsches Auslandsvermögen verzichtet und damit angeblich auch auf das der Sudetendeutschen.

Die meisten Tschechen beruhigen sich auch damit, dass Deutschland selbst alle vor 1949 erfolgten Enteignungen in der früheren DDR anerkannt hätte.

Mit diesen Spitzfindigkeiten will man der Sache ein juristisches Mäntelchen umhängen.

Aber man weiß bis heute ja nicht einmal, womit der Eigentumsentzug begründet wird. War es Auslandsvermögen, wurde es als Reparation eingezogen? Auch das Potsdamer Abkommen schweigt sich darüber aus. Auslandsvermögen war es jedenfalls nicht, auch weil das Münchner Abkommen ja „ex tunc“ ungültig sein soll.

Was bleibt, ist **die moralische Schwäche dieses Staates**. Er ließ sich 1945 zu Zwangsmaßnahmen hinreißen, die alle nur denkbaren demokratischen und humanitären Grundsätze missachteten. Hatte sich die zivilisierte Welt aber nicht schon längst Regeln gegeben, um der Siegerwillkür Zügel anzulegen? Wozu gab es eigentlich die Haager Landkriegsordnung, wozu die Menschenrechte der UNO? Warum wurden deutsche Angeklagte 1946 im Nürnberger Prozess für etwas verurteilt, dessen man sich gerade selbst schuldig machte? Wessen Menschenbild hat am Ende gesiegt, wenn man so weitergemacht hat? Und hatten die Siegermächte durch falsche Grenzziehungen die Minderheitenprobleme 1919 nicht selbst geschaffen?

Chancen verpasst

Die Liste der Beschwerdegründe ist lang, bekannt und begründet. Man kann sie nicht einfach vom Tisch wischen. Aber es gab nach der „Wende“ eine goldene Brücke. Andere Vertreiberstaaten haben sie betreten, die Tschechen nicht. Es ging um die Öffnung der Restitutionsgesetze auch für Deutsche. Das wäre ein eleganter Schachzug gewesen, mit dem man die heißgeliebten Beneschdekrete schonen, aber doch etwas guten Willen hätte zeigen können.

Was tun?

Die Lage ist verfahrenen und verlangt einen nüchternen Blick. Vor allem müssen wir uns von zwei Illusionen lösen. Erstens, dass es ohne **Wahrheit** gehen könnte und zweitens, dass es ohne **Streit** zu bewältigen sei.

Zu 1: Die geschichtliche Wahrheit ist erforscht. Es gibt auch genügend sprachkundige Wissenschaftler, die sie nach beiden Seiten hin vermitteln können. Das akademische Milieu muss sich nur aus den Fesseln verderblicher „Geschichtspolitik“ lösen.

Zu 2: Der gegenwärtige, einem „Stuhlkreismodell“ ähnelnde Diskurs trug nichts zur Überwindung des wissenschaftsfeindlichen Denkens bei. Zugeständnisse der SL wie die letzte Satzungsänderung haben die andere Seite nur in ihrem Starrsinn bestärkt. Das Gebot der Stunde ist daher klare Kritik an falschen Positionen ohne pauschale Verdammung der Person.

Diesen Kurs verfolgt der Witikobund seit eh und je. Er weiß die Sudetendeutschen im Recht und kennt die moralische Stärke ihrer Position. Gerne reicht er jedem die Hand, der ihm auf diesem Weg begleiten möchte. (F.V.)

Vor 25 Jahren Deutsch-Tschechische Erklärung verabschiedet **Enttäuschung der Betroffenen**

Am 21. Januar 1997, also vor 25 Jahren, verabschiedete der Bundestag die sog. Deutsch-Tschechische Erklärung. Sie ist eine Vereinbarung, die in der Hierarchie der Abkommen etwas niedriger angesiedelt ist als ein Vertrag. Solche hatte die Bundesrepublik schon 1973 und 1992 mit Prag abgeschlossen. 1973 wurde das Münchner Abkommen für nichtig erklärt und 1992 ging es vor allem um die Rechte der „heimatverbliebenen“ Sudetendeutschen. Jetzt, 1997, hoffte man auf einen Durchbruch für die „normalen“ Vertriebenen.

Mit Befremden stellte man aber fest, dass die Verhandlungen geheim und ohne jeden Austausch mit den Sudetendeutschen geführt wurden. Erst nach der Paraphierung des Textes wurden ihre Vertreter ins Außenamt bestellt – und dort gedemütigt, denn ihnen wurde der Text nur vorgelesen, es gab keine Kopien, ja es war sogar untersagt, sich Bleistiftnotizen zu machen. Und der Inhalt war niederschmetternd.

Der Inhalt

Mit kunstvollen Formulierungen wurde in dem Dokument suggeriert, dass die Vertreibung nur Folge der NS-Politik gewesen sei, obwohl jedes Kind weiß, dass es Pläne zur Vertreibung schon lange vorher gab. Tschechisches Bedauern gab es nur für die Gewaltexzesse, nicht für die grundlegenden Verfehlungen. Beide Seiten erklärten, ihre Beziehungen nicht mehr durch politische und rechtliche Fragen aus der Vergangenheit belasten zu wollen, was als Schlußstrich unter das Kapitel Vertreibung angesehen werden musste.

Verbitterung

Bei Bekanntwerden des Textes brach in der Volksgruppe ein Sturm der Entrüstung los. Unzählige Gruppen und Einzelpersonen schickten Protestschreiben. Alleine beim SL-Vorstand füllten sie elf Leitzordner. Enttäuscht war man über die Missachtung des Völkerrechts, aber auch über die mangelnde Solidarität mit den Vertriebenen. Das hatte sich zwar schon beim Lastenausgleich und in der neuen Ostpolitik Willi Brandts angedeutet. Nach dem Widerstand unter Barzel gegen die Ostverträge hatte man von einer CDU-geführten Regierung doch anderes erwartet. War das der Dank für 50 Jahre Loyalität und Aufbauleistung?

All das zählte nun offensichtlich nicht mehr. Der Bundestag nickte die Erklärung ab. Es gab nur 20 Gegenstimmen und 23 Enthaltungen. Die Vertriebenen schwankten zwischen Resignation und Trotz. Irgendjemand scheint sogar Ausschreitungen beim Pfingsttreffen in Nürnberg befürchtet zu haben und ließ Bereitschaftspolizei auffahren. Die Festbesucher waren entsetzt über die langen Kolonnen von Mannschaftswagen rings um das Festgelände! Die Sudetendeutschen konnten wissen, woran sie waren.

Parallel dazu lief die Entkernung der Satzungen. Das Finanzministerium unter Dr. Waigel (CSU) bedrohte die Vertriebenenverbände mit dem Verlust der Gemeinnützigkeit, solange ihre Satzungen noch Rückgabeforderungen enthielten. Alle „spurten“, auch die SL unter Franz Neubauer. So wurde § 3 der Satzung (Vereinszweck) auf der SL-Bundesversammlung 1997 erstmals verwässert. Die gerichtliche Klage einer Karlsbaderin machte den Delegierten jedoch bewusst, was sie angerichtet hatten und veranlasste sie, vier Jahre später die alte Satzung wieder in Kraft zu setzen.

Im Jahre 2015 flammte der Satzungsstreit wieder auf. Er setzt fort, was schon früh mit Egoismus und Täuschung begonnen hat. Traurig ist der Mangel an Aufrichtigkeit den Mitgliedern gegenüber, und es ist ein Bären dienst am Völkerrecht, denn das davon ausgehende Signal lautet: Vertreibung lohnt sich. Werden Benesch, Brandt, Kohl und Waigel gewinnen?

Museumseröffnung in Aussig

Nach fünfzehnjähriger Vorbereitung konnte am 18. November 2021 die Ausstellung „**Unsere Deutschen**“ in Aussig eröffnet werden. Als Deutscher fühlt man sich von dieser Benennung unangenehm berührt, denn in ihr schwingt die Bedeutung mit, jemandem unterworfen zu sein. Neu ist aber die Erklärung Petr Kouras, des Museumsleiters, dass der Begriff auf die Masaryk-Rede zwei Monate nach der Staatsgründung zurückgehe und wie eine „liebvolle Umarmung“ zu verstehen sei. Das hört sich nett an, steht aber in ein krassem Widerspruch zu den Alltagserfahrungen unserer Voreltern.

Geradezu falsch ist dann Kouras Erklärung des Begriffes „sudetendeutsch“. Dieser werde oft mit den Anhängern der Sudetendeutschen Partei gleichgesetzt, die den Anschluss an den NS-Staat wollten und damit die CSR zerschlugen. Richtig ist jedoch, dass die Henlein-Partei jahrelang und betont loyal um eine innerstaatliche Lösung rang. Ihr ging es nur um die Einhaltung des Vertrages von St. Germain. Erst als auch die Februar-Verträge des Jahres 1937 gescheitert waren, wandte man sich im November 1937 an Hitler. Dieser war übrigens verärgert, dass sich Henlein bis dahin nur an die Briten gewandt hatte.



Gebäude der Ausstellung



Vertreibung „unserer Deutschen“ aus Reichenberg

Realistischer urteilte Martin Krsek vom Aussiger Museum, als er sagte: „Wir wollen zeigen, was für ein Fehler es war, dass die tschechische Gesellschaft sich in der Darstellung der Geschichte der „tschechischen Deutschen“ nur auf die Zeit des Nationalsozialismus beschränkt hat“.

Die Ausstellung zeigt auf 1.500 qm in 22 Räumen rd. 500 Exponate. Finanziert wird sie u.a. vom tschechischen Kultusministerium und dem deutsch-tschechischen Zukunftsfonds. Der tschechische Kultusminister Lubomir Zaoralek wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, dass die vertriebenen Deutschen den Reichtum der Stadt Aussig „mitgeschaffen“ hätten, was allerdings eine ziemlich kühne Untertreibung ist! Man denke z.B. nur an die Schichtwerke!

Weltkongress der Uiguren in Prag

Vom 12. bis 14. November 2021 fand in Prag der Weltkongress der von den Chinesen unterdrückten Uiguren statt. Es trafen sich Überlebende von Gefängnishaft und Umerziehungslagern. Weitere Besucher waren Wissenschaftler, Diplomaten und Politiker. Die Konferenz wurde unter der Schirmherrschaft des Prager Oberbürgermeisters Zdeněk Hřib (Piraten) organisiert, der den Uiguren schon früher hilfreich zur Seite stand. Diesmal stellte er seine Residenz für einen Programmpunkt der Konferenz zur Verfügung.

Die Veranstaltung wurde von der chinesischen Seite scharf verurteilt.

Das dürfte auch der Grund dafür gewesen sein, dass sich das Prager Hotel Marriot weigerte, seine Räume zur Verfügung zu stellen. Der Kongress fand daher im Hotel Grandior statt.

Das Wort des Vorsitzenden

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Seit Dezember 2021 haben wir eine neue Regierung mit neuem Koalitionsvertrag. Leider kommt darin das Wort „Vertriebene“ nur ein einziges Mal vor. Liegt es daran, dass sich Scholz, Habek, Baerbock und Lindner noch in der Lernphase befinden? Aus Sudetendeutscher Sicht eher nicht, denn da gibt es andere Gründe. So hat Bundespräsident Steinmeier erst im August des Vorjahres bei seinem Prag-Besuch die Beziehungen zwischen Deutschland und der CR über den grünen Klee gelobt. Da würde Sorge um die Vertriebenen nur stören. Zum selben Ergebnis kommt auch, wer den SL-Vorschlag vernimmt, in Deutschland jetzt endlich eine Straße nach Vaclav Havel zu benennen! Warum sollte die „Ampel“ da noch einen Gedanken an die Vertriebenen verschwenden?



Felix Vogt Gruber

Aber hat man in München kein Zeitungsarchiv? Hat man vergessen, was Havel alleine 1997 nach der Verabschiedung der Deutsch-Tschechischen Erklärung sagte? Zunächst freute er sich über den „Schlussstrich“ und dann schloss er in seiner Rede vor dem Bundestag jede Wiedergutmachung aus.

Der Witikobund weiß, wo man sich informiert und wird es künftig auch nicht lassen, damit der Wahlspruch „Die Wahrheit siegt“ endlich einmal auch wahr wird!

In diesem Sinne, liebe Kameradinnen und Kameraden, grüße ich Sie/Euch am Anfang des neuen Jahres und verbleibe

mit kameradschaftlichen Grüßen

Euer

Felix Vogt Gruber

Die Sudetendeutschen trauern um die 54 Toten des 4. März 1919

in Arnau, Aussig, Eger, Kaaden, Karlsbad, Mies, Sternberg.

Sie waren unsere ersten Opfer für das Selbstbestimmungsrecht.

Die Tschechen, die die westlichen Nationen so rührend bewundern, haben sich von den Briten weniger deren „selbstverständliche Überlegenheit“, sondern weit eher die „britische Heuchelei“ angeeignet.

(Professor Arnold Toynbee, The Economist, 10.7.1937, S. 37).

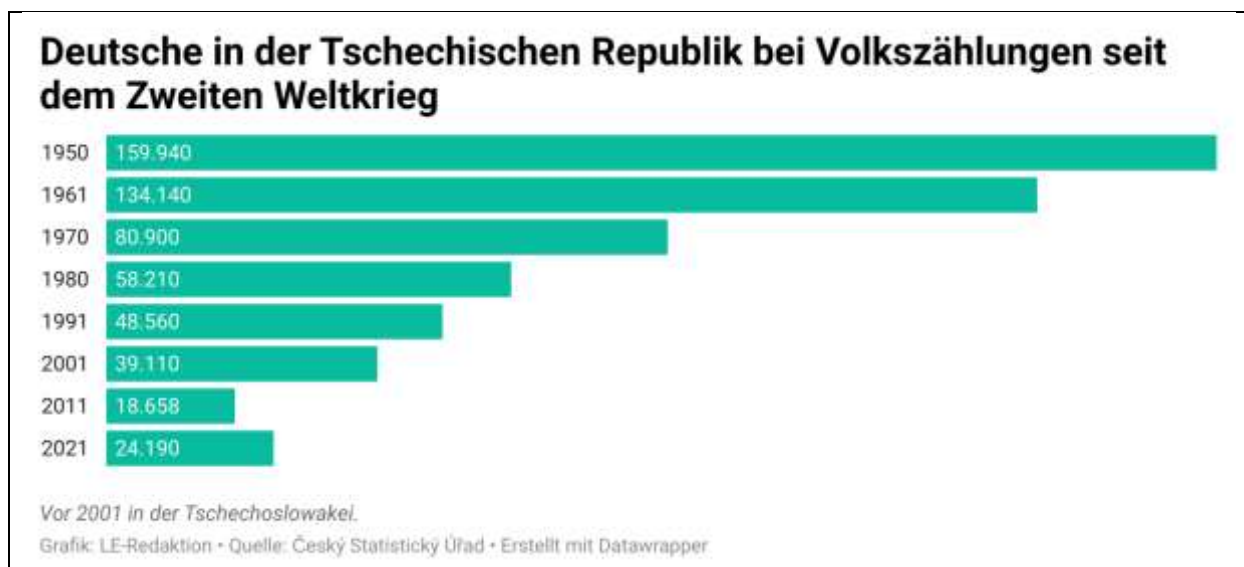
Spenden für den Witikobund, 1.9.-31.12.2021

Der Witikobund dankt allen nachgenannten Spendern sehr herzlich: Bergmann, Gernot; Breu, Edelbert; Heider, Karl u. Elfriede; Hrubey, Roland u. Gudrun; Korkisch, Erhard; Kudernatsch, Helmut; Pillat, Sven; Putz, Rudolf; Reffke, Horst Steph. Volker; Schmitzer, Gertrud; Vogel, Werner.

Für das Walli-Richter-Buch spendeten: Slezak, Johann und die SL-Kreisgruppe Weiden. Danke!

Mehr Deutsche bei der Volkszählung

Erstmals seit der Vertreibung nahm bei einer Volkszählung in der Tschechei die Zahl der Deutschen zu. Mit 24.209 waren es rd. 5.500 mehr als vor zehn Jahren. Der Hauptgrund dafür lag in der Möglichkeit, erstmals mehrere Nationalitäten zu nennen. Nur die deutsche Nationalität gaben 9.128 Einwohner an. 13.637 gaben neben der deutschen auch noch die tschechische an. Dazu kamen Menschen mit schlesischer, mährischer, russischer und anderer Option. In der deutschen Minderheit in Tschechien stieß dieses Ergebnis auf ein positives Echo. Martin H. Dzingel, Präsident der Landesversammlung der deutschen Vereine, bezeichnet das Ergebnis der Volkszählung als erfreulich und als einen Erfolg der Medienarbeit. „Die Möglichkeit, zwei Nationalitäten anzugeben, ersparte vielen die Entscheidung zwischen ihrer tschechischen und deutschen Identität, was auch die heutige Realität, dass viele Menschen mit mehreren nationalen Identitäten leben, viel besser abbilde, sagte Dzingel.



Film über den DFC Prag hatte Premiere

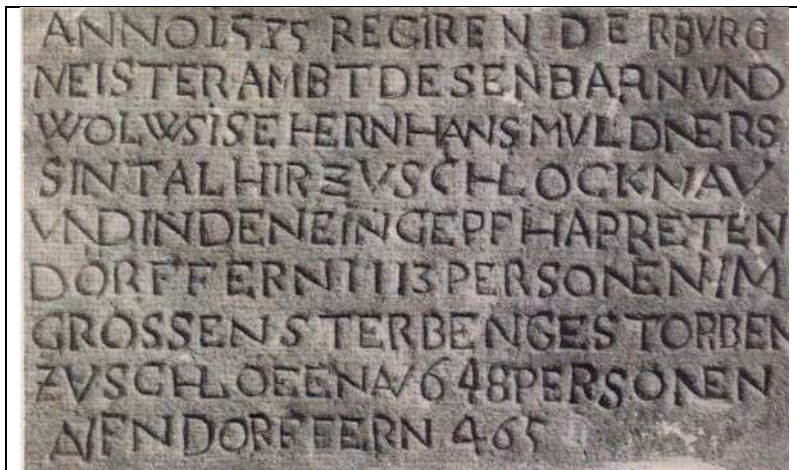
Der DFC Prag (Deutscher Fußballklub Prag) wurde 1896 gegründet. 1903 stand er sogar im Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft (Offenbar kümmerten sich die Fußballer wenig um Bismarcks „kleindeutsche Lösung“). 2016 wurde der 1945 aufgelöste Verein wieder gegründet und betätigt sich vorerst im Jugendbereich. 2021 jedoch stand das 125. Gründungsjubiläum an, für das die Uraufführung eines Films geplant war. Wegen der Pandemie wurde er aber erst kürzlich vorgestellt. Die Regisseure, Ondřej Kavan und Martin Vaško, stellen in dem 80-Minuten-Streifen vor allem die Bindungskraft des Sport heraus, die auch im DFC die Grenzen zwischen Nationalitäten wie selbstverständlich überwand. Der Uraufführung wohnten prominente Gäste wie Dr. Bernt Fabritius (BdV) und der deutsche Botschafter in Prag, Andreas Künne, bei. Ob auch ein SL-Vertreter geladen war, ist unbekannt. Eine schöne Geste wäre übrigens auch gewesen, einen der prominenten Spieler mit sudetendeutschen Wurzeln einzuladen. In Frage gekommen wären Sigggi Held (Freudenthal), Roland Wabra (Ullitz, Kreis Mies, 1.FCN) oder Philipp Lahm (Großeltern Schönbrunn, Kreis Tachau).

Pandemie einst und jetzt

Von epidemischen Krankheiten wurde die Menschheit schon immer geplagt, auch im Sudentenland, wie nebenstehende Tafel zeigt. Sie ist hier aber nur der „Aufhänger“ für einige Sätze zum Thema Impfung:

Viele Seuchen konnten in den letzten 200 Jahren durch Impfungen eingedämmt oder gar besiegt werden. Aber so lange es Impfungen gibt, gibt es auch Impfgegner. Als einen solchen kann man sogar **Immanuel Kant** bezeichnen, in dessen Nachlass es eine Notiz gibt, die Epidemien und Kriege als Werkzeuge der Natur gegen den übermäßigen Zuwachs der Erdbevölkerung bezeichnet! Daher solle man der Natur „nicht in den Arm fallen“. Während diese Einstellung zu einem Aufklärer passte, sind die Motive anderer Impfgegner teils religiös, teils spirituell

oder naturheilkundlich bedingt, und oft beruhen sie einfach auf schlichter Schadensangst. Im Deutschen Reich wurde erstmals 1874 ein Reichsimpfgesetz verabschiedet. Das allerdings rief eine **sehr starke** Gegenbewegung hervor, die sogar eine auflagenstarke Monatschrift unterhielt. Diese Bewegung stand in Blüte bis zum Ersten Weltkrieg. Danach verlor sie an Bedeutung, ohne ganz zu verschwinden. Zu einem großen Anstieg trug in den letzten zwei Jahren „Corona“ bei. Die „neuen“ Impfgegner stören sich an der neuen Art des Impfstoffes und daran, dass er kaum getestet wurde. Das ist auch der Grund, weshalb Krankenkassen die Impfkosten nicht übernehmen und der Staat dafür aufkommen muss. Lästig sind auch die Nachimpfungen und schließlich die etwas unprofessionelle Art der statistischen Begleitung. Dennoch deutet alles darauf hin, dass Geimpfte einen mildereren Krankheitsverlauf und eine geringere Sterblichkeit erwarten dürfen.



Pest in Schluckenau: Nebenstehende Sandsteintafel kündigt in der Kirche zu Schluckenau von der dort im Jahre 1585 wütenden Pest: „Anno 1585 regirender Burgmeister Amt des enbarn und wolweise Hern Hans Muldners sint alhir zu Schlocknau und in den eingepfhapreten Dörfern **1113** Personen im großen Sterben gestorben Zu Schlogenau 648 Personen aufn Dörfern 465.“

Wir trauern um unseren Landsmann

Professor Alois Jahn

* Olmütz 08.01.1925, † Wien 18.11.2021

Der Verstorbene widmete sein Schaffen ganz unserer Sache.

Wir werden sein Andenken stets dankbar und treu bewahren

Edles wächst zur Höhe seines Ursprungs heran
(Seneca)

Die Welt verstehen

1. Das Medianvermögen eines Deutschen beträgt 60.800 Euro, das eines Italieners 146.200 und das eines Spaniers 159.600 Euro. Trotzdem ist nur Deutschland EU-Nettozahler (PAZ, 11.4.20, S. 24)
2. In den 50er Jahren erhielt Willy Brandt verdeckte Parteispenden aus den USA (Spiegel, 23.5.2020, S. 53).
3. Der britische Premierminister Lloyd George sah 1919 in Österreich den Hort des Katholizismus, der verdien-termaßen zerschlagen worden sei (Kühnelt-Leddihn, Von Sarajewo nach Sarajewo, S. 24)
4. Oft werden politisch Verfolgte und Migranten gleich eingestuft. Die Vereinten Nationen haben beide Gruppen aber klar getrennt. Für erstere gilt der *Global Compact on Refugees* (GCR), für letztere der *Global Compact for Migration* (GCM) vom 19.9.2016. Migranten haben kein Recht, irgendwo aufgenommen zu werden.
5. Wenn Rasse und Geschlecht nur willkürliche Konstrukte sind, also alle gleich sind, erübrigen sich auch Quotenregelungen (JF, 29.10.21, S.13)
6. Im 1. Weltkrieg hatte der Bezirk Karlsbad 2.612 Gefallene zu beklagen. Das waren unter 78.762 Einwohnern 3,25 Prozent. Die Verlustquote lag im ganzen Egerland mit 3,75 % noch höher und übertraf sowohl die Quote Österreich-Ungarns (2,50 %) als auch die des Deutschen Reiches (3,15 %, Karlsbader Badeblatt 4/1951).
7. Im Jahre 2020 wurden in Deutschland 322.089 Ehen geschlossen, davon 41.276 zwischen Partnern verschiedener Staatsangehörigkeit. Das waren 1 von 9 Ehen. 1960 waren es noch 1 von 26. (Spiegel, 20.11.2021, S. 25)
8. Wieland Wagner, Enkel Richard Wagners und Festspielleiter in Bayreuth, war von 1941 bis 1945 stellv. ziviler Leiter der Außenstelle Bayreuth des KZ Flossenbürg und von Hitler persönlich vom Kriegsdienst freigestellt (FAZ, 23.11.21, S. 9).
9. Nach 1933 schlossen sich rd. 60.000 der 300.000 deutschen KPD-Mitglieder der NSDAP an, darunter auch hohe Funktionäre. Die SED untersuchte dieses Verhalten nach 1945 „umfassend“ (JF, 22.10.21, S. 19).
10. Das Online-Magazin „Der Spiegel“ wird seit 2016 von der *Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung* unterstützt. Im Jahr fließen rd. 800.000 Euro. Das Magazin befasst sich mit Themen der „Globalen Gesellschaft“ wie Migration, globale Gesundheitspolitik, soziale Probleme und Klimagerechtigkeit (JF, 26.11.21, S. 5).
11. Astronauten „wachsen“ im Weltall um etwa 5,5 cm. Grund ist die Schwerelosigkeit, die zu einer Ausdehnung der Bandscheiben führt. Zurück auf der Erde, stellt sich die alte Körpergröße wieder ein (UA, 23.11.21).
12. Im Jahre 2020 gab es in Deutschland 618.200 Wohngeldbezieher. Das waren 22,6 % (!) mehr als 2019. Die durchschnittliche Monatshilfe betrug 177 €, was bundesweite Gesamtkosten von 1,3 Mrd. € ergab (plus 38 %). (JF, 19.11.21, S.11).
13. Seit 2017 dürfen Polizisten in NRW Festnahmeprotokolle von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Personen mit Migrationshintergrund nur noch mit Bleistift verfassen, „so dass eine weitere Berichtigung möglich ist.“ (SWG, Deutschland-Journal 2021, S. 72).
14. Prof. Dr. Alfred de Zayas ist Mitglied im Kuratorium der Desiderius-Erasmus-Stiftung (Protschka u.a., Hrsg., *Erinnern-Identität bewahren-Zukunft gestalten*, S. 130)
15. In Schwarzen Löchern ist die Masse so stark konzentriert, dass ihre Gravitation sogar den Austritt von Licht verhindert. Wäre die Erdmasse genauso dicht gepackt wie dort, schrumpfte sie zu einem Kügelchen mit einem Radius von nur 9 mm!
16. Die Fernsehmoderatorin Sandra Maischberger wurde 1966 in München geboren, ist seit 1994 mit dem tschechischen Kameramann Jan Kerhart verheiratet, mit dem sie einen 2007 geborenen Sohn hat (Wikipedia).
17. Im Jahre 1940 verlor Finnland 45.000 qkm seines Landes an die Sowjetunion und musste 450.000 Vertriebene aufnehmen (de Zayas, *Die Angloamerikaner und die Vertreibung der Deutschen*, S. 58).
18. Die Medien gehen mit der Erinnerungslücke von Papst Benedikt XVI. in der Missbrauchsaffäre viel unnachsichtiger um als mit der von Kanzler Scholz in der cum-und ex-Sache. Völlig ausgeblendet wird, dass Teile der Grünen in der fraglichen Zeit für die Entkriminalisierung von Pädophilie eintraten (PAZ, 28.1.2022, S.24).
19. Bei „Kunst und Krempel“ wurde eine alte E-Gitarre vorgestellt. Ihr Hersteller war Höfner, Bubenreuth, der sich schon „vor seinem Wegzug aus Tschechien“ mit der E-Technik befasst hätte. Ohne Zensurschere im Kopf heißt das richtig „vor seiner Vertreibung aus dem Geigenbauer-Ort Schönbach im Egerland“ (BR, 22.1.22).
20. Fluggesellschaften verlieren auf den Flughäfen ihre Abflug- und Landezeiten, wenn sie diese nicht nutzen. Daher fliegen sie auch mit leeren Sitzplätzen, was bei der Lufthansa in diesem Winter 20.000 dieser klimaschädlichen Leerflüge ausmacht (Compact e.V. Jan.2022).
21. Die Deutschordensburgen in Ostpreußen werden in Polen „Polnische gotische Burgen“ genannt. Ehemals deutsche Friedhöfe gelten als „evangelische“ Friedhöfe. Polen wehrte sich aber vehement, als eine deutsche Zeitung das KZ von Auschwitz als „polnisches KZ“ bezeichnet (PAZ, 28.1.2022, S. 20):
22. Im Länderfinanzausgleich erbringt Bayern mit 687 € pro Kopf den höchsten Pro-Kopf-Betrag. Liegt es daran, dass mit der Vertreibung die meisten Sudetendeutschen dorthin kamen?
23. In der Schweiz können Frauen ein Jahr früher in Rente gehen als Männer. Daher wechselte ein Schweizer vor dem Standesamt Luzern sein Geschlecht und beantragte umgehend die Rente (JF, 28.1.2022).

Suboptimale Hochglanzbroschüre der SL

Fälschungen im Namen der Volksgruppe?

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) brachte im Vorjahr (2021) eine Hochglanzbroschüre mit dem Titel „*Die Sudetendeutschen – unsere Geschichte - unsere Kultur - unser Leben*“ heraus. Nach der Eröffnung des Sudetendeutschen Museums am 12. Oktober 2020 war das sicherlich ein gut gemeintes Signal für neuen Schwung im Vereinsleben. Gut gemeint genügt aber meistens nicht. So muss man leider auch hier gewisse Unzulänglichkeiten feststellen, sowohl hinsichtlich der politischen Gesamttendenz als auch bei Einzelheiten.

Das Heft umfasst 36 Seiten, die im Folgenden mit Seite 1 beginnend, durchgemustert werden.

Seite 3:

Im Vorwort zitiert Herr Posselt aus der Charta der Vertriebenen von 1950, aber leider wieder unvollständig. „Vergessen“ hat er zwei Schlüsselsätze:

1. (Die Vertriebenen) „*verlangen, daß das **Recht auf die Heimat** als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und **verwirklicht** wird.*“

und sie fordern

2. eine „***gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten** des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes.*“

Diese Auslassungen stempeln die Broschüre zu einer Fälschung. An dieser Stelle versteht man auch, weshalb Herr Posselt von einem erheblichen Teil der Volksgruppe als Sprecher abgelehnt wird.

Seite 5:

Auf Seite 5 wird die „geschichtliche Wahrheit“ beschworen. Das ist höchst peinlich, wenn man an die soeben kritisierten Fälschungen denkt. Es folgt der Vorschlag, statt „**Wiedergewinnung**“ lieber „**Wiederbelebung**“ der Heimat zu sagen. Aufgeboten wird noch ein prominenter Gewährsmann (Franz Wittmann) - und fertig ist die Sprachfalle. Die Rezeptur folgt genau dem berüchtigten Framing-Manual der Linguistin Wehling, damit eine „vordenkende“, positiv konnotierte Metapher auf leisen Sohlen in die Gehirne argloser Leser eindringen kann.

Seiten 8-9:

Auf den Seiten 8-9 wird entlang eines **Zeitstrahles** die Geschichte Böhmens in 35 Kapiteln dargestellt. Auf einige davon hätte man verzichten können, weil sie nur der Selbstdarstellung dienen, aber andere müsste man neu einfügen.

So fehlt das Schlüsseljahr 1526 mit der Wahl Ferdinand II. zum König, womit sich die „Böhmen“ die später so verhassten Habsburger selbst ins Land geholt haben.

Beim Jahr 1938 wird die „Prager Abtretung“ vom 21.9.1938 „vergessen“. Bei dieser stützten sich England und Frankreich (ohne Deutschland!) auf Artikel 19 des Vertrages von St. Germain, der ausdrücklich eine Revision zuließ. Chamberlain bestätigte das am 28.9.1938 im britischen Unterhaus höchstpersönlich (Bosl, S. 262). Die CSR wollte diesen Passus nicht einmal „erwähnen“ (Botschafter Osusky, Berber, S.23). Doch nach dem Necas-Geheimbrief vom 16.9.1938 gab die CSR den Forderungen Englands und Frankreichs am 21.9.1938 ganz nach, und das Sudetenland war frei. Nun ging es nur noch um die Modalitäten der Übergabe, was neun Tage später das Münchner Abkommen regelte. Beim Jahr 1950 verweist das Diagramm auf die Charta der Vertriebenen, leider aber auch hier wieder mit den oben angemahnten Auslassungen.

Beim Jahr 1952 wird der Lastenausgleich erwähnt, jedoch völlig unkritisch, denn die Forderung der Charta (siehe oben, S.3) waren unerfüllt geblieben, was auch Linus Kater bzw. Prof. Kittel in ihren Büchern umfassend aufzeigen.

Die Einträge für die Jahre „nach der Wende“(1989) entsprangen meist Wunschenken, so der Kult um Vaclav Havel. Dieser hat seine Entschuldigung zurückgenommen, als er kritisiert wurde. Er hat auch sein Ferienhaus, das einer deutschen Familie gehörte, nicht aufgegeben oder die Familie privat entschädigt, obwohl ihr Aufenthaltsort im Spessart bekannt war. Muss man nach einem solchen Menschen noch Straßen benennen?

Die sehr ausführlich herausgestellten Begegnungen tschechischer mit bayerischen Politikern ab 2010 nützten nur den Tschechen. Bilder mit händeschüttelnden Politikern erwecken vor der Welt den Eindruck, dass es 1945 gar nicht so schlimm gewesen sein kann. Und wenn doch, dann wirken sie wie eine Absolution für das rechtliche und moralische Versagen der Tschechen (nicht nur) nach 1945.

Seite 12:

Auf dieser Seite springt ein falsches Foto ins Auge. Es zeigt Menschen in offenen Güterwaggons und suggeriert einen Transport Sudetendeutscher. Das gab es 1945 im Sudetenland zwar auch (z.B. aus dem Kreis Mies ins Innere Böhmens), doch dieses Foto entstand am Hauptbahnhof Hamburg und zeigt Waggons, die aus dem Ruhrgebiet Kohle gebracht hatten und auf der Rückfahrt Reisewillige mitnahmen. Dieses Foto wurde auch schon von anderen Opfergruppen in Anspruch genommen, doch die Sudetendeutschen sollten darauf verzichten, weil es von ihrer Vertreibung genug echte Bilder gibt.

Der Text zum Bild befasst sich im Übrigen mit der rechtliche Beurteilung der Vertreibung. Er füllt nur die halbe Seite, was bei 36 Seiten Gesamtumfang etwas dürftig ist, aber dem geringen Stellenwert des Rechtskampfes in der SL entspricht. Die SL möchte „den Ungeist der Vertreibung überwinden“ und sei bestrebt, „dieses Unrecht auf der Grundlage eines gerechten Ausgleiches zu heilen“. Diese Ausführungen sind merkwürdig ungebunden und positionlos, womit wieder über die vorhandenen Gegensätzen hinweggetäuscht wird. Beim Recht sollte es aber keine Abstriche geben, denn dieses ist unsere stärkste Waffe.



Oft missbrauchtes Foto

Fazit:

Die Broschüre sagt vor allem etwas über den Zustand der SL aus. Sie bildet den Weg vom Interessenverband zum Trachtenverein ab. Bedauerlich sind die Fälschungen, mit denen die Volksgruppe nichts zu tun haben möchte!

Nachweise:

Bosl, Karl, *Die demokr. Struktur der Ersten csl. Republik, München 1975*

Berber, Friedrich, *Europ. Politik 1933-1938 im Spiegel der Prager Regierungsakten, Essen 1942*

Der Umbau eines Staates

Ein Staat definiert sich über ein Staatsgebiet, ein Staatsvolk und die Staatsgewalt. In Deutschland sind aber in den letzten Jahrzehnten Kräfte am Werk, die jede dieser drei Bestimmungsgrößen verändern möchten oder dies schon erreicht haben.

a) Staatsgebiet

Trotz bedeutender Verstümmelungen in Ost und West verfügt Deutschland heute immer noch über ein nicht ganz unbedeutendes Staatsgebiet im Herzen Europas. Allerdings mehren sich die Zeichen einer allmählichen Internationalisierung. Die Grenzen sind für EU-Bürger fast bedeutungslos und selbst für Migranten aus aller Welt leicht zu überwinden. Das ist ganz im Sinne eines zeitgenössischen „destruktiven Sprachregimes“, das von Weltoffenheit schwärmt und Grenzen mit „Ausgrenzung“ und „Abschottung“ verbindet. Der Anti-Topik (topos-Ort) entsprechen die „Anywheres“ im Gegensatz zu den ortsgebundenen „Somewheres“.

b) Staatsvolk

In der Regel sind Staatsvölker Abstammungs-, Kultur- und Schicksalsgemeinschaften. Diese Kategorien passen auch für das formal erst 1871 gegründete Deutschland, denn das Bewusstsein eines großen „Germaniens“ gab es schon viel früher, wie auch der Begriff „Römisches Reich deutscher Nation“ zeigt.

Staatsvölker können unter Druck geraten durch Invasion oder Kulturrevolutionen. In Mitteleuropa blieb die Besiedlung seit der Völkerwanderungszeit überwiegend stabil. Kulturelle Einschnitte brachten Christentum, Reformation und Industrialisierung. Neu ist die linksliberale Idee der Diversität. Bei jeder Betonung des ethnischen Volksbegriffes wird eine Abwertung des fremden unterstellt. Was dann vom Staatsvolk übrig bleibt, muss offenbleiben.

c) Staatsgewalt

Deutschland ist ein demokratischer Staat, in dem die Staatsgewalt vom „Demos“ (gr. δῆμος), dem Volke, ausgeht. Zentral ist die Frage, wie diese Gewalt umgesetzt wird. Das Grundgesetz (GG) gibt dafür zwei Hinweise: Artikel 20 GG sieht „*Wahlen und Abstimmungen*“ vor und Art. 21 GG sagt: „*Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit*“.

Die politische Praxis in Deutschland wird aber keiner der beiden Stellen gerecht: Es gibt keine Volksentscheide („Abstimmungen“), und die Parteien beschränken sich keineswegs nur auf eine bloße „Mitwirkung“. Sie haben sich vielmehr ein umfassendes Machtmonopol gesichert und tun alles, um es zu verteidigen. Dabei stehen ihnen viele Wege offen. Als Inhaber der Staatsgewalt können sie im politischen Raum direkt und im vorpolitischen Raum indirekt Einfluss nehmen.

Im **politischen** Raum geht es

- >um direkte Zahlungen an die Parteien (Wahlkampfkosten, parteinahe Stiftungen),
- >um Besetzung wichtiger Stellen mit Gefolgsleuten (Verfassungsschutz, Höchstgerichte!),
- >um Verabschiedung von Gesetzen und Erlassen (Einbürgerungsgesetze, Familienrecht usw.)

Im **vorpolitischen** Raum beeinflussen Regierungen, meist durch Subventionen

- > den gesamten Kulturbetrieb (Fernsehen, Theater, Museen),
- > Vereine, Organisationen, NGOs, Stiftungen, sonstige Gruppen mit oft jugendlicher Mitgliedschaft und vermeintlich fortschrittlichen Zielen.

Die wichtigste Frage dabei ist, ob unter diesen Umständen der Volkswille zur Geltung kommen kann. Leider bestehen da erhebliche Zweifel, weil sich die Parteien die Deutungshoheit für Tagesgeschehen und Geschichte („Geschichtspolitik“) verschaffen können, um so den Volkswillen zu steuern. **Das aber führt die Grundannahme von einer Volksherrschaft ad absurdum.** Selbst Oppositionsparteien sind oft gezwungen, ihr Profil aufzugeben. Bei den Wahlen hat man es dann mit weitgehend konturlosen Parteien zu tun, so dass es fast unmöglich ist, nach Sachfragen zu entscheiden. In den Vordergrund rücken dann meist Kanzlerkandidaten, womit wiederum ein Hauch von Bonapartismus verbunden ist.

Diesen Punkt haben wir in Deutschland gerade erreicht.

Linksliberale Life-style-Gruppen und oft „wurzellose Weltbürger“ installierten eine umfassende Kulturhegemonie mit zwei Hauptzielen. Einmal geht es um „Befreiung“, aber nicht von politischer Unterdrückung, sondern, viel subtiler, von „Strukturen“, sprich von Institutionen, Sitten und Gebräuchen, kurz von der bürgerlichen Ordnung. Sinnbild dafür ist die „Ehe für alle“. Das zweite Hauptanliegen betrifft die „soziale Gerechtigkeit“, was auf die umfassende Umgestaltung der Gesellschaft abzielt!

Nötig ist dafür natürlich eine weitgehende ideologische Homogenität. Zuständig sind dafür die Großmedien, die Otto Normalverbraucher fest ans Gängelband der Sprache nehmen, was man auch „betreutes Denken“ nennen kann. Flankierend gibt es „freie“, teilweise zu Straßengewalt neigende Gruppen mit so aparten Namen wie „Zentrum für politische Schönheit“. Deren „Schönheitssinn“ wird oft mit verdeckten staatlichen Zuschüsse belohnt, für die seit Manuela Schwesig im „Ministerium für Familie und Soziales“ jährlich mehr als 100 Mio. € zur Verfügung stehen! Praktisch sind das Überwachungsdienste, die entscheiden, was z.B. an den Universitäten gelehrt oder wer eingeladen wird. Man nennt das auch Cancel-Culture mit quasi sprachpolizeilicher Interventionsmacht.

Der Wirklichkeit entrückt

Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt befinden sich in Deutschland in einem labilen Zustand. Vielleicht haben wir es nur mit den üblichen Protestwellen in Wohlstandsgesellschaften zu tun wie im alten Rom. Es kann aber auch schlimmer kommen. Das lässt Platon befürchten, der wusste, wie schnell ein Übermaß an Freiheit zur Sklaverei führen kann. Hüten wir uns also vor Übertreibungen, besonders dort, wo Utopie auf Realität stößt! (F.V.)

Richtigstellungen zur Protektoratserrichtung

"Die Gründung eines selbständigen tschechischen Staates wäre geradezu lächerlich."

(Eduard Benesch, Die österreichische und tschechische Frage, Paris 1912)

Der 1918 ausgerufene Staat der Tschechen und Slowaken war mit vielen Mängeln behaftet. Die Siegermächte von 1918 stellten sich leider taub gegenüber den Warnungen der Slowaken und der Sudetendeutschen. Sie tragen daher die letzte Verantwortung für die daraus folgenden Komplikationen.

Die erste Korrektur gab es 1938. Sie stützte sich auf den Revisionsartikel 19 des Vertrages von St. Germain und führte zur Prager Abtretung (21.9.). Diese wurde am 29.9.1938 durch das Münchner Abkommen ergänzt. Dessen völkerrechtliche Gültigkeit wurde in zahlreichen Arbeiten nachgewiesen, so z .B. in der juristischen Dissertation unseres Landsmannes Hartmut Singbartl (sh. Literaturverzeichnis!).

Weniger Mühe hat sich die Forschung bisher aber mit den Gründen gemacht, die am 15. März 1939 zur Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren führten. Viel wäre schon gewonnen, wenn die bisherigen Erkenntnisse in einem Werk zusammengefasst und veröffentlicht würden. Dabei müsste auch Paul Lamatschs These, Großbritannien wollte mit dem Münchner Abkommen Mitteleuropa bewusst instabil halten, um später als Schiedsrichter eingreifen zu können, beachtet werden. Dies umso mehr, als es sich dabei um eine Routine zu handeln scheint, zu der die Mächtigen dieser Welt öfter greifen. Sieht man es so, erscheint die Frage, ob Hitlers "Griff nach der Resttschechei" ein Verstoß gegen Geist und Buchstaben des Münchner Abkommens gewesen sei, in einem etwas anderen Licht.

"Die labile Lage stabil halten"

Großbritannien war 1938 stark genug, binnen weniger Tage in der Sudetenfrage eine Maximallösung durchzusetzen. Diese war aber keineswegs auch die Optimallösung. Man hätte Benesch zwingen müssen, die von ihm 1919 selbst versprochene "höhere Schweiz" zu verwirklichen. Das wäre für die Briten einfacher zu erreichen und für die Tschechen weniger schmerzlich gewesen.

Auch Hitler wäre dabei nicht zu kurz gekommen, denn die Autonomie der Sudetendeutschen hätte ohne Zweifel die slowakische Autonomie im Gefolge gehabt, und der so entstandene tschechisch-deutsch-slowakische Staat wäre außenpolitisch neutral gewesen.

Das Interesse Deutschlands beschrieb der britische Außenminister, Lord Halifax, in einer Dienstanweisung an seinen Sonderbotschafter Strang vom 26. Mai 1938: *"Die Reichsdeutschen legen kein Gewicht darauf, die Sudetenfrage ... zu benutzen, um ihre politische und militärische Lage zu stärken. In erster Linie wünschen sie, die Sowjetunion aus Mitteleuropa zu vertreiben und die Benutzung tschechischen Territoriums durch irgendeine Großmacht zu verhindern. Deutschland dürfte vielleicht zufrieden sein, wenn die Sudetendeutschen die Selbstverwaltung erhielten..."*

Trotz dieser richtigen Analyse entwickelten die Briten Anfang September 1938 einen "Befriedungsplan", der über diese Ziele hinausging. Sie legten den Tschechen die Vorteile eines national homogenen Staates dar, was den Verlust der Randgebiete aufwiegen könne. Zu ihrer Entlastung muss man sagen, dass Benesch es ihnen leicht gemacht hat, als er am 16.9. mit seinem geheimen Necas-Brief selbst die Abtretung von 4.000 bis 6.000 qkm ins Gespräch brachte (allerdings bei gleichzeitiger "Ortsverlagerung" von 1,5-2 Millionen Sudetendeutschen).

Solche Überlegungen stellten London und Prag zu einer Zeit an, als weder Hitler, noch Henlein, noch Lord Runciman von einer Abtretung sprachen und Hitler sogar, wie Lord Halifax wusste, von Henlein gerade auf eine autonomistische Lösung festgelegt worden war (Lamatsch, S. 182). Daraus ist zu schließen, dass England eine sachdienliche Lösung in Mitteleuropa wahrscheinlich nicht besonders am Herzen lag. Ihm ging es um Zeitgewinn, um den

Rüstungsrückstand aufzuholen.

So war auch die geplante "Resttschechei" eigentlich eine noch schlimmere Fehlkonstruktion als die in St. Germain geschaffene CSR. Diese hatte zwar ein Nationalitätenproblem, verfügte aber über eine lebensfähige Wirtschaft. Das neue Gebilde dagegen verlor mit dem Wegfall des Sudetenlandes wichtige Teile seiner Industrie, blieb aber weiter mit dem Konflikt zwischen Tschechen einerseits und Slowaken, Deutschen, Ungarn, Ruthenen und Polen andererseits belastet. Die Herauslösung der Sudetendeutschen beraubte die CSR auch eines wirtschaftspolitischen "Schutzschildes". Jeder von Deutschland möglicherweise ausgelöste Handelskrieg hätte auch die sudetendeutsche Wirtschaft getroffen und schied daher als "Waffe" aus. Es war von den Briten wenig fürsorglich, diese Zusammenhänge außer Acht zu lassen. Den verantwortlichen Kräften im Ausland war die Gefährdung der CSR bekannt, wie einem Gespräch Daladiers mit dem Amerikaner Bullitt zu entnehmen ist. Beide waren schon nach dem Anschluss Österreichs von der hoffnungslosen Lage der CSR überzeugt (Lamatsch, S. 184 f.). Erst recht mussten sie wissen, dass die Abtrennung der industrialisierten Randgebiete für Beneschs Republik tödlich war!

„Die "Friedensmacher" von 1938 hatten an der CSR eine lebensgefährliche Amputation durchgeführt und den existenzunfähigen Rumpf auf dem Operationstisch liegen lassen.

Das Experiment „gelingt“

Mitteleuropa glich zwischen September 1938 und März 1939 einem Laboratorium, in dem ein politisches Großexperiment ablief. Die Versuchsleiter konnten zufrieden registrieren, wie sich die um das Sudetengebiet verringerte Tschecho-Slowakei allmählich selbst auflöste.

Die Slowakei hatte am 22. November 1938 im tschechoslowakischen Verfassungsgesetz die Autonomie erhalten und in Preßburg einen eigenen Landtag errichtet. In einer Volksabstimmung hatten sich 98% der Bevölkerung für die Autonomie erklärt, wollten also los von Prag. Am 10. März 1939 setzte Hacha von Prag aus den am 23. Februar 1939 vom slowakischen Landtag zum slowakischen Regierungschef gewählten Pater Tiso und dessen ganze Regierung ab, besetzte Preßburg mit tschechischem Militär und löste den slowakischen Landtag auf.

Eine neue slowakische Regierung kam nicht zustande. Am Morgen des 14. März stimmte der von Tiso neu einberufene Landtag in Preßburg einstimmig für die Unabhängigkeit der Slowakei: Damit war die Tschecho-Slowakei praktisch von innen her auseinandergebrochen, für Prag war nur noch die Tschechei, auch Resttschechei genannt, übriggeblieben. Dies alles hatte sich ohne Zutun Deutschlands ereignet, wie der tschechoslowakische Außenminister Chvalkowsky dem britischen Gesandten in Prag, Newton, ausdrücklich versicherte (Dokumente zur brit. Außenpolitik, Bd.4, 230)

Auf Unabhängigkeit drängten auch die Karpato-Ukrainer (Ruthenien). Schon am 6. März 1939 erhielt der tschechische General Prchala von Dr. Hacha verfassungswidrig und gegen den Protest der Betroffenen praktisch diktatorische Vollmachten über Ruthenien, um dessen Abspaltung zu verhindern.

Am 14. März stellten sich in den Morgenstunden die Slowakei und die Karpato-Ukraine nach Unabhängigkeitserklärungen und Beschlüssen ihrer neuen Regierungen als selbständige Staaten unter den Schutz des Deutschen Reiches. Hitler übernahm den Schutz der Slowakei, nicht den Rutheniens, auf das auch Ungarn Ansprüche erhob. Noch am 14. März marschierte Ungarn nach einem 12 Stunden-Ultimatum an Prag in Ruthenien ein.

Einflußnahme Polens

Auch Polen versäumte nicht, seinen Beitrag zur Zerstörung der CSR zu leisten. Seine Regierung sprach unverhüllt aus, dass die völlige Auflösung der CSR unvermeidlich sei. Außenminister Beck bezeichnete diesen Staat sogar als Provisorium und Karikatur. Im Gegensatz zu Hitler arbeitete er nach der Konferenz von München auf dessen weiteren Zerfall hin. Am

14.3.1939 gab er Polens Sympathien mit den Bestrebungen der Slowaken öffentlich zu. Polen strebte eine gemeinsame Grenze mit Ungarn an und unterstützte heimlich die Besetzung Rutheniens durch Ungarn (Churchill, Der 2. Weltkrieg, 1,1, S.393). Der französische Botschafter in Berlin, Coulondre, hielt seinem polnischen Kollegen in Moskau, Grbowsky, kurzsichtigen "Hyänismus" vor (Binder, S. 383).

Gefahren im Inneren

Gegen den tschechoslowakischen Reststaat kämpften auch die Vljajka-Faschisten um Jan RysRozsevac. Trotz ihres Verbotes am 11.11.1938 schmiedeten sie weiter Staatsstreichpläne. Am 13.3.1939 trafen sich ihre Führer zu einer geheimen Besprechung. Teilnehmer war auch Radola Gajda als Führer der "Nationalen Faschistengemeinde". Letztere demonstrierte am folgenden Tag für die Machtübernahme oder wenigstens für eine Beteiligung an der Regierung. Während der Abwesenheit Hachas in Berlin am 14.3.1939 bat Gajda die deutsche Gesandtschaft in Prag um Zustimmung zur Machtübernahme und forderte die deutsche Studentenschaft in Prag auf, sich ihm anzuschließen. Die Revolution unterblieb, weil die deutsche Seite das Gespräch mit Hacha nicht stören und die Vljajka Hachas Rückkehr abwarten wollte (Seidler, S. 465).

Ihre Chance suchten auch kommunistische Kräfte, in deren Hintergrund möglicherweise die sowjetische Armee stand. Zu dieser wiederum hatte der mit der Lage höchst unzufriedene tschechische Generalstab gute Beziehungen.

Hachas Besuch in Berlin

Hacha stand im März 1939 vor einem Scherbenhaufen. Er wandte sich an den britischen Gesandten in Prag, Newton, wurde aber abgewiesen. Da veranlasste der britische Botschafter in Berlin, Neville Henderson, seinen Kollegen Newton, Hacha ein Gespräch mit Hitler vorzuschlagen. Hacha ging auf diesen Vorschlag ein und bat Hitler am 13. 3. 1939 im Einvernehmen mit dem Kabinett Beran um einen Termin. Als Berlin nicht reagierte, wiederholte er seine Anfrage am Vormittag des 14. März. Jetzt erklärte sich Hitler mit dem Besuch Hachas einverstanden, und dieser reiste um 16.00 Uhr zusammen mit seinem Außenminister Chvalkovsky mit einem Sonderzug ab. Eine Flugreise kam für den herzkranken Hacha nicht in Frage.

Hachas Besuch in Berlin ging also auf eine britische Anregung zurück und nicht auf eine „Vorladung“ Hitlers, wie boshafte Stimmen behaupteten. Die Briten waren von den Deutschen auch über die prekäre Lage in der CSR ins Bild gesetzt worden. So sprach Göring schon am 18.2.1939 mit Henderson und schloß dabei eine Intervention Deutschlands nicht aus. Diesem Hinweis folgten dann am 28.2.1939 formale Noten an Frankreich und England, in denen mitgeteilt wurde, dass es problematisch sei, der CSR eine Bestandgarantie zu geben, da ihr die innere Stabilität fehle. Die Adressaten erhoben weder Einspruch, noch gaben sie selbst Garantien (Hoggan, Frankreich, S. 387). Am 14. März 1939 selbst hatte der deutsche Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker - Vater des späteren Bundespräsidenten - noch vor Hachas Ankunft mit Henderson Kontakt aufgenommen. Henderson unterrichtete sofort London und wurde vom britischen Außenminister Halifax zu der Erklärung ermächtigt, dass Großbritannien nicht den Wunsch habe, sich in Angelegenheiten einzumischen, die andere Länder unmittelbar angingen. Diese Stellungnahme gab Henderson den Deutschen weiter.

Hacha traf am 14. März 1939 gegen 22.40 Uhr in Berlin ein und wurde mit allen militärischen Ehren eines Staatsoberhauptes empfangen: Eine Ehrenkompanie der Leibstandarte Adolf Hitler war angetreten. Als Regierungsvertreter hatte sich Staatssekretär Dr. Otto Meissner eingefunden.

Der Außenminister Ribbentrop war durch eine Unterredung mit Botschafter Henderson verhindert. Auf dem Wege zum Hotel sagte Dr. Hacha zu Meissner in "aufgeregter Gesprächigkeit", "dass er angesichts der unhaltbar gewordenen Situation in seiner Heimat zu dem Entschluss gekommen sei, den Führer und Reichskanzler um Hilfe und Schutz anzugehen, und dass er hoffe, bei ihm Bereitwilligkeit zu einer gemeinsamen politischen Arbeit zu finden" (Meissner, S. 476).

Die Konferenz mit Hitler, Göring, Ribbentrop und Keitel sowie deutschen Staatssekretären dauerte bis in die frühen Morgenstunden des 15. März 1939.

Zunächst ergriff Hacha das Wort und konnte in längerer Rede seine Vorstellungen entwickeln. Noch bevor er Hitlers Absichten kannte, sagte er, dass das Schicksal der Tschechei "in den Händen des Führers liege" und dass er glaube, dass es dort sicher liege. Er habe schon seit langem den Wunsch gehabt, den Mann kennenzulernen, dessen wunderbare Ideen er oft gelesen und verfolgt habe. Das Masaryk-Benesch-System sei ihm so fremd gewesen, dass er sich gleich im Oktober 1938 gefragt habe, ob es für die Tschecho-Slowakei überhaupt ein Glück sei, ein selbständiger Staat zu sein (IMT, XXXI, S. 140.).

Um seinen guten Willen zu zeigen, bot er die noch im Januar abgelehnte Verringerung der tschechischen Truppen an. Hitler wies das als nicht ausreichend zurück und äußerte Zweifel an den Möglichkeiten Hachas, den alten Beneschgeist seiner Landsleute zu zügeln. Die Tschechei sei in der Vergangenheit immer mit den Feinden Deutschlands zusammengegangen und hätte sich als Mittel zu dessen Niederhaltung missbrauchen lassen (Meissner, S. 476).

Daher schlug Hitler ein Protektoratsverhältnis vor, wobei deutsche Truppen bereits am 15. März in die Tschechei einmarschieren würden. Prag solle seinem Militär jeden Widerstand verbieten. Hacha und Chvalkowsky konnten zwischendurch ausführlich mit Prag telefonieren, insbesondere mit Verteidigungsminister General Sirovy. Sie kamen angesichts der Lage überein, von jedem Widerstand Abstand zu nehmen.

Hacha unterschrieb das Übereinkommen mit Deutschland und verlieh dem von Hitler auf jeden Fall für den Morgen des 15. März vorgesehenen Einmarsch den Schein von Legalität. Um polnischen Maßnahmen zuvorkommen, hatten deutsche Polizeieinheiten schon am Abend des 14. März das Gebiet um Mährisch-Ostrau besetzt, wofür sogar die tschechische Bevölkerung in dieser Gegend Verständnis zeigte. Hacha war davon bei seiner Ankunft in Berlin informiert worden,

Hitlers Fehleinschätzung

Hitler hatte versucht, seine Maßnahmen durch Rückfragen in London abzusichern. Diese Rechnung ging anfänglich scheinbar auf. Der britische Premier Chamberlain hielt am 15. März im Unterhaus eine gemäßigte Rede, der die meisten Tories zustimmten. Unter anderem sagte er: "Unserer Ansicht nach hat sich die Lage von Grund auf geändert, seit der slowakische Landtag die Unabhängigkeit der Slowakei erklärt hat. Diese Erklärung hatte die Wirkung, dass der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach und so ein Ende fand, und demgemäß hat die Sachlage, die wir schon immer nur als vorübergehend ansahen, nun aufgehört zu bestehen, und seiner Majestät Regierung kann sich infolgedessen nicht mehr länger an diese Verpflichtung gebunden fühlen ... Ich bedauere das, was geschehen ist, zutiefst, doch ist das kein Grund dafür, von dem Wege, dem wir bis jetzt gefolgt sind, abzuweichen. Wir hoffen, dessen eingedenk zu sein, dass die Wünsche aller Völker der Erde sich auch jetzt auf die Friedenshoffnungen richten".

Den Umschwung brachte am 17. März die sogenannte Tilea-Lüge, die von Sir Vansittart und Außenminister Halifax schon am 14. März mit dem rumänischen Gesandten Tilea verabredet worden war. Ihr Zweck war, Hitler Welteroberungspläne zu unterstellen, indem behauptet wurde, Hitler habe die Absicht, auch Rumänien zu besetzen. Die Protektoratsfrage spielte nur

noch eine untergeordnete Rolle, da die britischen Versäumnisse dabei zu offensichtlich waren (Nicoll, S. 116). Chamberlain hielt am 17. März in Birmingham eine scharf antideutsche Rede, deren Entwurf ihm vom Foreign Office vorgelegt worden war und die er nur ablas (Hoggan, Frankreich, S. 395). Diese Rede zeigte schon, dass Hitlers Rechnung einige Fehler aufwies. Vor allem hat er die Möglichkeiten der antideutschen Kräfte in Großbritannien unterschätzt. Sie trugen schon 1918 keine Bedenken, sich über die Zusage der 14 Punkte Wilsons hinwegzusetzen oder die angekündigte Abrüstung, womit man Deutschland sein 100.000-Mann-Heer schmackhaft machen wollte, einfach zu vergessen. Lloyd George scheint sich daran noch erinnert zu haben, als er seinen Landsleuten 1940 während der Norwegenkrise vorhielt, dass der erste Vertrauensbruch von England ausgegangen sei (Charmley, S. 391). Hitler aber hatte es vermutlich vergessen. Ihm half auch nicht, dass England und Frankreich selbst schon mehrfach Protektorate errichtet hatten und in ihren Kolonien unzählige Menschen bevormundeten. Vorbild für den Protektorsvertrag mit der Tschechei war übrigens der entsprechende französische Vertrag für Marokko.

Halifax, der britische Außenminister, bekennt in seinen Memoiren (S. 182/199), schon 1936 zum Krieg entschlossen gewesen zu sein und nur noch einen Anlass abgewartet zu haben. Hitlers Erscheinen auf dem Hradschin ließ sich in dieser Hinsicht schon trefflich verwerten. Man warf ihm vor, sein in der Rede vom 26. September 1938 gegebenes Wort gebrochen zu haben. Um das zu beurteilen, muss man diese Rede kennen. Er sagte: "Und ich habe ihm (Chamberlain) weiter versichert, dass in dem Augenblick, in dem die Tschechen mit ihren anderen Minderheiten sich auseinandergesetzt haben, und zwar friedlich und nicht durch Unterdrückung, dass ich dann am tschechischen Staat nicht mehr interessiert bin. Und das wird ihm garantiert, wir wollen gar keine Tschechen!" Sein Versprechen war also an Bedingungen geknüpft. Der tschechische Außenminister Chvalkowsky bezeugte daher auch vor dem Nürnberger Militärtribunal, Hitler hätte seine am 14. Oktober der CSR gegebenen Versprechungen nach bestem Wissen und Gewissen gehalten.

Wenn es um mangelnde Aufrichtigkeit geht, muss man leider auch Chamberlain erwähnen. Dieser hatte am 30.09.1938 in München mit Hitler eine englisch-deutsche Freundschaftserklärung unterzeichnet, und zwar, ohne sie an Bedingungen zu knüpfen. Ungeachtet dessen sprach er bei seinem Besuch in Rom im Januar 1939 von möglichen militärischen Aktionen gegen Deutschland (Nicoll, S.66). Da Hitler davon erfuhr, kann man ihm sicherheitspolitische Erwägungen nicht übelnehmen. 1938 hatte die Zahl der tschechischen Divisionen die des Deutschen Reiches deutlich überstiegen (44:31). Sein Versuch im Januar 1939, die Tschechen zur Reduzierung ihrer nicht nur großen, sondern auch modernen Armee zu bewegen schlug fehl (Hoggan, Frankreich, S. 385). Pierre Cot, der französische Luftfahrtminister, sprach von der CSR als dem "Flugzeugmutterschiff des Westens". Seit Benesch 1935 den Vertrag mit der UdSSR abgeschlossen hatte, galt sein Land auch als "russischer Flugzeugträger mitten in Deutschland". Die Anwesenheit sowjetischer Bomber auf csl. Flugplätzen bestätigt der französische Botschafter in Berlin, Robert Coulondre, in seinem Buch „Von Moskau nach Berlin“, S.198. Deutsche Offiziere und Sachverständige wunderten sich 1939 über Menge und Qualität des in der "Resttschechei" vorgefundenen Fluggeräts (Irving, S. 122). Der tschechische Historiker Chudoba bestätigte 1964, dass die CSR ein "antideutsches Bollwerk, angelegt auf einen künftigen Krieg", gewesen sei.. Die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren brachte vor allem die tschechische Außen- und Verteidigungspolitik unter deutsche Kontrolle. Hitler gestattete der Protektorats-Tschechei aber noch eine Armee von 7.000 Mann.

Welchem Druck war Dr. Hacha in Berlin ausgesetzt?

Über den Verlauf der Verhandlung in der Reichskanzlei liest man bisweilen, dass Dr. Hacha um den Verhandlungstisch gejagt, angeschrien und durch medizinische Injektionen manipuliert worden sei. Dem widersprach Hachas Tochter, Milena Radlova, nach dem Kriege bei

allen Verhören. Sie hatte ihren Vater nach Berlin begleitet und war von diesem über alle Einzelheiten der Verhandlungen unterrichtet worden. Ihr Vater sei in keiner Weise unter Druck gesetzt oder schlecht behandelt worden (Hoggan, Krieg, S. 337). Dasselbe bezeugt Staatssekretär Dr. Meissner in seinen Memoiren (S. 476). Staatssekretär von Weizsäcker meint, dass es Hacha frei stand, die Berliner Urkunde zu unterzeichnen. Der herzkrankte Hacha erlitt während der Konferenz einen Schwächeanfall und erklärte sich ausdrücklich mit deutscher ärztlicher Hilfe einverstanden. Nach Injektion eines Kreislaufmittels durch Hitlers Leibarzt Dr. Morell erholte er sich sehr schnell und konnte die folgenden Stunden durchstehen.

Wenige Tage nach Kriegsende wurde Hacha verhaftet (13. Mai 1945) und in das Prager Zuchthaus Pankraz gebracht. Ohne Prozess verlor er dort sein Leben am 27. Juni 1945.

Hachas Außenminister Chvalkowsky wurde kurzerhand erschossen. Beider Tod spricht gegen die Erpressungsthese. Gegen diese wandte sich auch der sowjetische Außenminister Molotov in einem Gespräch mit dem britischen Diplomaten Strang. Molotov bezog sich dabei sogar auf die Aussage Dr. Hachas selbst (Strang, S. 180; Hoggan, Krieg, S. 571).

Hachas Leichnam wurde in: Sträflingskleidung in den Sarg gelegt. Seiner Beisetzung im Familiengrab wohnte nur seine Tochter Milada und deren geschiedener Mann Radl bei. Der Grabstein Hachas trug 54 Jahre nach seinem Tod immer noch keine Aufschrift (Reuven Assor in der Rezension des Buches "Die Causa Emil Hacha", Prag 1995)!

Resümee

Die Tschechei war ohne Zutun Deutschlands in eine verzweifelte Lage geraten. Hitler hat die Protektoratslösung nicht von vorneherein angestrebt, sondern handelte erst, als die Ereignisse die Grundlagen für das Münchner Abkommen bereits zerstört hatten (Taylor, S.203).

Großbritannien schien zunächst Hitlers Schritt zu billigen. Dr. Hacha war kein Anhänger der früheren Beneschpolitik und kam mit Vorstellungen nach Berlin, die denen Hitlers nicht völlig entgegenstanden. Der Tod Hachas und seines Außenministers sprechen gegen die Erpressungsthese am Verhandlungstisch. Unwürdige Szenen während der Unterredung gehören in das Reich der Sage.

Das Deutsche Reich hatte ein sicherheitspolitisches Interesse an geordneten Zuständen in Mitteleuropa. Die Beschneidung der tschechischen Souveränität darf nicht beklagen, wer 1918 kaltblütig drei Millionen Sudetendeutsche unter tschechische Oberhoheit zwang. Mit Schuldzuweisungen sollte aber noch zurückhaltender sein, wer die fatalen Zustände des Jahres 1939 durch fahrlässiges oder planvolles Handeln erst selbst herbeigeführt hat. Kritik an der Protektoratserrichtung auf dieser Grundlage kann nicht überzeugen. (F.V.)

Quellen:

Binder, Gerhart, Epoche der Entscheidungen, Stgt, 1969; **Charmley, John**, Churchill, London 1993; **Coulondre, Robert**, Von Moskau nach Berlin; **Hoggan, David L.**, Der erzwungene Krieg, Tübingen, 12. Auflage 1983; **ders.**, Der Widerstand Frankreichs gegen den Zweiten Weltkrieg, Tübingen 1963; **Irving, David**, Die Tragödie der deutschen Luftwaffe, Frankfurt 1981; **Lamatsch, Paul**, Prager Tragödie, München 1964; **Meissner, Dr. Otto**, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg und Hitler, Hamburg 1950; **Nicoll, P. H.** "Englands Krieg gegen Deutschland, Tübingen 1963; **Seidler, Franz**, Kollaboration 1939-1945, München 1995; **Singbartl, Hartmut**, Die Durchführung der deutsch-tschechoslowakischen Grenzregelung von 1938, Dissertation München 1971; **Strang, Lord William**, Home and Abroad, London 1956; **Taylor, A.J.P.**, The origins of the Second World War, London, 1961; **Wendig, Dr. Heinrich**, Hacha und Hitler in Berlin 1939, in: Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Heft 8, 1995, S. 14 ff.

Text des Berliner Abkommens vom 15. März 1939

Der Führer hat heute in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Dr. Hacha und den tschechoslowakischen Außenminister Chvalkowsky auf deren Wunsch in Berlin empfangen. Bei der Zusammenkunft ist die durch die Vorgänge der letzten Woche auf dem tschechoslowakischen Staatsgebiet entstandene

ne Lage in voller Offenheit einer Prüfung unterzogen worden. Auf beiden Seiten ist übereinstimmend die Überzeugung zum Ausdruck gekommen, dass das Ziel aller Bemühungen die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Frieden in diesem Teile Mitteleuropas sein müsse. Der tschechoslowakische Staatspräsident hat erklärt, dass er, um diesem Ziel zu dienen und eine endgültige Befriedigung zu erreichen, das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt. Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschluss Ausdruck gegeben, dass er das tschechische Volk unter den Schutz des Deutschen Reiches nehmen und ihm eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens gewährleisten wird.

Zu Urkund dessen ist dieses Schriftstück in doppelter Ausfertigung unterzeichnet worden.

Berlin, 15. März 1939, gez. Hitler, v. Ribbentrop, Hacha, Chvalkowsky

Europa ist, wenn Deutschland zahlt.

Tschechen in der deutschen Wehrmacht

Diese Überschrift macht neugierig, ruft aber zugleich Skepsis hervor. So etwas kann es nicht gegeben haben!

Tschechen und Deutschen wäre es am liebsten gewesen, über dieses Kapitel gemeinsamer Geschichte Gras wachsen zu lassen. Deswegen schwiegen offizielle Stellen beider Regierungen. Auch in der deutsch/tschechischen Erklärung von 1997 ist davon nichts zu lesen. Aber zwei tschechische Autoren aus Brünn/Brno beleuchten diese versteckte Geschichte.

Lukáš Beer (Hitlers Tschechen, dt. Übers. 2017), dessen richtiger Vorname Stanislav ist, macht als erster Autor der tschechischen Nachkriegsliteratur den Leser wahrheitsgetreu und fundiert mit der deutschen Politik im Reichsprotectorat Böhmen und Mähren vertraut. Er schätzt, dass rund 80.000 Tschechen in der deutschen Wehrmacht dienten.

František Emmert (Tschechen in der deutschen Wehrmacht, dt. Übers. 2021) schreibt:

Tschechen in deutschen Uniformen kämpften und starben während des gesamten Krieges an allen Fronten (Russland, Afrika, Griechenland, Frankreich, Italien, Finnland, Norwegen) und in allen Waffengattungen (Marine, Luftwaffe, Landstreitkräfte, Flugabwehr). Kaum ein Tscheche machte dabei eine militärische Karriere. Die meisten von ihnen blieben gemeine Soldaten. Viele desertierten und versuchten, sich den tschechoslowakischen Auslandsverbänden anzuschließen.

Hauptsächlich fokussiert Emmert das Teschener Gebiet (Těšínsko) und das Hultschiner Ländchen (Hlučínsko). Beide Territorien nehmen unter den Regionen, die 1938 dem Reich angeschlossen wurden, eine Sonderstellung ein.

Im Vorwort stellt der Autor den Bezug zum historischen Hintergrund dieser multiethnischen Region her. Acht ausführliche Erlebnisberichte von Veteranen lassen den Leser verschiedene Kriegsschauplätze und Waffengattungen erleben. Vorangestellt ist ein Text des an der Freiburger Universität emeritierten Professors, Bernd Martin, da das Buch vom Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds herausgegeben wird.

Was ging der Einberufung der Tschechen voraus?

Nach dem Abkommen von München (29.09.1938) wurde das mehrheitlich von Deutschen

besiedelte Sudetengebiet dem Reich angegliedert. Es umschloss wie ein nach Osten offenes Hufeisen das restliche tschechoslowakische Staatsgebiet, in dem hauptsächlich Tschechen lebten. Teschen und Hultschin liegen im Nordosten dieses Hufeisens an der Grenze zu Schlesien, dem heutigen Polen.

Dem Münchner Abkommen folgte am 20. November 1938 der „Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen“. Dieser Vertrag war bereits im Abkommen angekündigt und notwendig, denn Tschechen im Reich brauchten einen neuen Pass. Wollten Tschechen die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit behalten, mussten sie ihren Wohnsitz in das restliche tschechoslowakische Staatsgebiet verlegen. Dies schrieb § 2 des Vertrags vor. Umgesetzt wurde es nie, denn bereits am 15. März 1939 besetzten die Nationalsozialisten das innertschechische Gebiet und erklärten es zum Reichsprotektorat Böhmen und Mähren.

Bei der deutschen Volkszählung am 17. Mai 1939 hatten sich sämtliche Tschechen im Sudetengebiet entweder für die deutsche Staatszugehörigkeit oder für die tschechische zu entscheiden. Tschechen, die für Deutsch optierten, bekamen die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie wurden zu deutschen Staatsbürgern tschechischer Volkszugehörigkeit, den sog. Reichs-Tschechen. Alle wehrfähigen nichtjüdischen Männer aus dieser Gruppe waren zum Wehrdienst verpflichtet.

Tschechen, die für Tschechisch optierten, wurden nicht eingezogen, denn Hitler wollte keine Tschechen in der Wehrmacht. So blieben die Tschechen das einzige von den Nationalsozialisten besetzte Volk, das keinen Wehrdienst leisten musste.

Im Hultschiner Ländchen und im Teschener Gebiet hingegen hatten die Bewohner keinerlei Wahlmöglichkeit, ihre Staatszugehörigkeit zu bestimmen. Die deutsche Staatsbürgerschaft wurde der gesamten Bevölkerung zugeteilt.

Das Hultschiner Ländchen war nach dem Ersten Schlesischen Krieg 1742 zu Preußen gekommen. Dort verblieb es bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Bei der Gründung der Tschechoslowakei verzichtete Deutschland in Artikel 83 des Versailler Vertrags auf dieses Gebiet, weil dort nur wenige Deutschstämmige leben sollten. So kam Hultschin zur Tschechoslowakei. Die Bevölkerung war empört, denn sie hatte in keiner Volksbefragung abstimmen können. Deswegen organisierte sie selbst einen Plebiszit, bei dem sich 93,7% für den Verbleib bei Deutschland aussprachen.

1938 gliederte das Münchner Abkommen diesen Landstrich wieder in das Deutsche Reich ein. Daher bekamen die alteingesessenen Einwohner automatisch die alte deutsche Staatsbürgerschaft zurück und waren folglich zum Wehrdienst verpflichtet.

Komplizierter gestaltete sich die Problematik im Teschener Land, auch Olsa-Gebiet genannt. Das ehemalige Herzogtum Teschen war 1653 an Habsburg gefallen und blieb bis 1918 in der Österreichischen Monarchie. Die Bevölkerung bestand über die Hälfte aus Polen, zu 27% aus Tschechen und zu 18% aus Deutschen.

Nach dem Ersten Weltkrieg beanspruchte Polen das gesamte Gebiet. Ergebnislose Verhandlungen führten 1920 zur Teilung dieser Region durch die alliierten Siegermächte. Polen bekam den östlichen Teil, die Tschechen den westlichen. Der Konflikt schwelte weiter.

Nach dem Münchner Abkommen (29.09.1938) forderte Polen bei der Neuordnung der Staatsgebiete auch den tschechischen Teil des Teschener Landes. Die deutsche Seite unterstützte dieses Verlangen. Man hoffte, durch dieses Zugeständnis Danzig wieder an das Reich binden zu können, nachdem es 1918 als Folge des Ersten Weltkriegs vom Reich abgetrennt worden war.

Beflügelt durch diese Hilfeleistung marschierte das polnische Militär nach einem 12-stündigem Ultimatum in den tschechischen Teil ein. Zur Jahreswende 1938/39 wurden ca.

30.000 Tschechen binnen weniger Stunden in die Rest-Tschechoslowakei abgeschoben, etwa 5.000 Deutsche in das Sudetengebiet. Nun war Teschen polnisch.

Bereits am 1. September 1939 begann mit dem deutschen Angriff auf Polen der 2. Weltkrieg. Das schnell besiegte Polen wurde umgestaltet und dabei das gesamte Teschener Gebiet am 8. Oktober 1939 dem Reichsgau Oberschlesien zugeteilt.

Dadurch wurden Deutschstämmige automatisch zu deutschen Staatsbürgern, die wehrpflichtig waren. Tschechen, Polen und Schlonsaken (Deutsche aus Schlesien) germanisierte man über die Volksliste III und unterzog sie der Wehrpflicht.

Anzahl der einberufenen Tschechen

František Emmert listet die eingezogenen und gefallenen Tschechen gesondert auf:

Hultschin, Zeitraum der Einberufung 1938–1945:

12.000 Männer rekrutiert. 3.000 gefallen. Eintritte in ausländische Armeen sind nicht bekannt.

Teschen, Zeitraum der Einberufung 1942-1945:

20.000 Männer rekrutiert. 6.000 gefallen. Ca. 3.000 kämpften in ausländischen Armeen.

Lukáš Beer schätzt, dass rund 80.000 Tschechen in der deutschen Wehrmacht dienten.

Dabei geht er von dem Ergebnis der Volkszählung im Sudetengebiet aus, die am 17. Mai 1939 datiert ist. Danach wurden 193.793 Tschechen als Reichs-Tschechen erfasst, die sich für die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden hatten.

Dazu addiert er 41.000 Hultschiner und 94.000 Teschener, denen die deutsche Staatsangehörigkeit zugeteilt wurde. Folglich galten 328.000 Personen im angeschlossenen Gebiet als deutsche Staatsangehörige. Von der männlichen Hälfte dieser Zahl (164.000) nimmt er zur Hälfte Wehrtauglichkeit an. So endet seine Schätzung bei 82.000 und entspricht rund 80.000 einberufener Tschechen.

Mit Emmerts Forschungsergebnissen lässt sich eine Gegenrechnung aufstellen.

Ausgehend vom Ergebnis der Volkszählung (193.793 Reichs-Tschechen) ermittelt man die männliche Hälfte, von der bei der Hälfte Wehrtauglichkeit angenommen wird (48.250). Addiert man dazu 12.000 eingezogene Hultschiner und 20.000 einberufene Teschener, endet die Schätzung bei 80.250 und entspricht ebenfalls rund 80.000 rekrutierter Tschechen.

Zwei Wege führen zum gleichen Ergebnis. Rund 80.000 Tschechen dienten in der deutschen Wehrmacht. Man kann es kaum glauben.

(Edith Bergler, Bayreuth)

Gregor Mendel im Glück:

Gregor Mendel wurde am 20. Juli 1822 in Heinzendorf (Odrau) geboren, und die Tschechen bereiten sich mit Feuereifer auf die 200-Jahrfeier seiner Geburt vor. Dafür wurde sogar sein Leichnam exhumiert und untersucht. Man stellte bei ihm ein überdurchschnittlich großes Schädelvolumen fest. In einem anderen Zusammenhang bezeichnete der tschechische Gesundheitsminister V. Válek Gregor Mendel als den „Vater der Weltgenetik“, der die große wissenschaftliche Tradition der Tschechen verkörpere. Der Journalist Jan Sinagl meinte dazu nur trocken: *„Mendel hatte Glück, dass er das Jahr 1945 nicht mehr erlebt hat, denn dann wäre er beraubt, vertrieben und vielleicht getötet worden.“* (Sud.Ztg. 5.2.22). Zur ganzen Wahrheit gehört schließlich, dass Mendel katholischer Priester und Mönch war und seine Forschungen in einer von den Tschechen eher ungeliebten Einrichtung betrieb. So viel zur wissenschaftlichen Tradition der Tschechen.

Neues Buch zur Kriegsschuldfrage:

Stalins Krieg?

Über die Entstehung des 2. Weltkrieges gibt es viele sehr ernst zu nehmende Bücher. Im Jahre 2021 kam ein weiteres hinzu, das den Titel „Stalin's war“ (Stalins Krieg) trägt und den US-Amerikaner Sean McMeekin zum Autor hat. Der Verfasser ließ sich davon leiten, dass Stalin von allen maßgeblichen Weltkriegsakteuren am längsten in führender Stellung tätig war. Vielen blieb das aber verborgen, weil er bis zum 6. Mai 1941 nur Parteivorsitzender war und das Geschehen aus dem Hintergrund lenkte. Erst nach diesem Zeitpunkt übernahm er die Staatsführung auch formal. Daher war er auch vielen ausländischen Diplomaten, darunter dem deutschen Botschafter von der Schulenburg, bis 1941 gar nicht persönlich bekannt.

Mit dem Buchtitel „Stalins Krieg“ wollte McMeekins auch ausdrücken, dass die Sowjetunion bei Ende des Krieges als dessen größter Nutznießer dastand (soweit man das nach einem Krieg überhaupt von jemandem sagen kann), denn damals waren nicht nur Osteuropa, sondern auch China, Vietnam usw. der kommunistischen Ideologie unterworfen.

Als Schlüsselszene für Stalins Weg hebt McMeekin dessen Rede vom 5. Mai 1941 hervor, die er vor 2000 Absolventen der Moskauer Militärakademie hielt. Stalin pries darin die Modernisierung der Sowjetarmee, die sich künftig nicht mehr hinter der deutschen Wehrmacht verstecken müsse. Das veranlasste den Leiter der Militärakademie, Generalleutnant M.S.Chozin, Stalins Friedenspolitik zu loben, die die Sowjetunion bisher aus dem kapitalistischen Krieg herausgehalten habe. Als er ihn auch noch hochleben lassen wollte, sprang Stalin auf („leapt to his feet“) und fiel Chozin ins Wort, indem er sagte: Die Zeit der Friedenspolitik sei jetzt an ihr Ende gekommen, denn Gebietsgewinne seien jetzt nur noch gewaltsam möglich. Wer die Notwendigkeit offensiver Aktionen nicht erkenne, sei ein Bourgeois und ein Dummkopf. Die Defensivtaktik sei angemessen gewesen für eine schwache Armee, jetzt, nach deren Modernisierung, müsse man zur Offensive umschwenken.

Als Stalin diese Worte sprach, war er schon geraume Zeit dabei, sie in die Tat umzusetzen, indem er seine Armeen an seiner Westfront aufmarschieren ließ. Das andere ist bekannt. Ohne massive Hilfe aus den USA wäre „Stalins Krieg“ rasch zu Ende gewesen. Insofern ist es sehr gewagt, Stalin so sehr in den Mittelpunkt zu rücken. McMeekin gelingt dieses Kunststück auch nur, weil er wichtigste Forschungsergebnisse anderer Wissenschaftler ignorierte.

So kommen bei ihm weder die beiden Bücher Dirk Bavendamm vor, noch die Forestal-Diaries, um nur zwei der interessantesten Autoren bzw. Quellen zu nennen. Bei den Diaries lohnt es sich, einmal auf Seite 121 nachzuschauen, und bei Bavendamm stehen schon die Buchtitel in direkter Konkurrenz zu McMeekin, denn sie lauten „Roosevelts Weg zum Krieg“ (1983) bzw. „Roosevelts Krieg“ (1993). Die verhängnisvolle Rolle Roosevelts wird in beiden Büchern mehr als deutlich. Und beide informieren über so nette Sachen wie das schriftliche Hilfeversprechen Roosevelts an Chamberlain „im Falle eines Krieges mit den Diktaturen“ vom 14. Dezember 1938 („Weg“, S.437) oder über die Kaltstellung des amerikanischen Friedensvermittlers William R. Davis, dem man kurzerhand den Reisepass abnahm, als er im Oktober 1939 mit einer ermutigenden Botschaft von Göring aus Deutschland zurückkam. Damit war dieser Gesprächsstrang abgeschnitten und Görings Vorschlag, je einen polnischen bzw. tschechischen Staat neu zu gründen, lief ins Leere. Die Sudetendeutschen interessiert an diesen Überlegungen besonders, dass damit auch das Reichsprotectorat über die CSR ein Ende gehabt hätte („Krieg“, S. 121 f.).

Sicherlich hat McMeekin wieder neue und wichtige Quellen für die Kriegsgeschichte erschlossen. Darüber durfte er aber nicht die Bedeutung anderer „Kriegsherren“ vernachlässigen. McMeekin liefert bestenfalls den Beweis, dass der 2. Weltkrieg „viele Väter“ hatte (Schultze-Rhonhof). Der Wahrheit kam schließlich auch Henry Kissinger sehr nahe, als er altersweis bedauerte, dass man 1939 nicht bereit war, Deutschland als eine von mehreren Großmächten anzuerkennen, ein Fehler, den man heute mit China nicht wiederholen dürfe. (F.V.)



Dirk Bavendamm

Blutiger Sommer 1945

Vor zwei Jahren erschien in Leipzig die deutsche Übersetzung des Buches „Blutiger Sommer 1945“. Die tschechische Originalfassung war da schon vier Jahre auf dem Markt. Der Verfasser, Jiri Padevět, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die „Nachkriegsgewalt in den böhmischen Ländern“ darzustellen. Padevět fördert eine Unmenge an Material zu Tage, das bisher in tschechischen Archiven schlummerte. Dafür muss man ihm unbedingt dankbar sein.

Was der Autor aber nicht leistete, war der Abgleich seiner Funde mit dem von den Sudetendeutschen selbst zusammengetragenen Material. Sicher, es übersteigt die Möglichkeiten einer Einzelperson, alle Heimatbriefe und Einzelberichte durchzumustern. Wichtig wäre aber gewesen, wenn wenigstens die Weisbücher Wilhelm Turnwalds (1951) und Emil Franzels (1967) herangezogen worden wären. Eine weitere Frage ist, wie weit man den Inhalten tschechischer Archive blind vertrauen darf. In dieser Hinsicht war schon Prof.

Detlef Brandes zu leichtgläubig, als er sich für die Vorgänge im September 1938 nur auf tschechische Polizeiakten stützte, die aber z.B. für Tachau geschönt waren. Wie lückenhaft Padevěts Material ist, geht auch aus den Berichten zu Pilsen hervor. Nicht einmal der gewaltsame Tod des Skoda-Enkels Emil im Pilsner Kreisgefängnis kommt bei ihm vor. Energisch widersprechen muss man Padevěts Versuch, die im Sommer 1945 verübten Verbrechen zu entschuldigen. Zunächst behauptet er, dass Gewalt „keine nationalen Merkmale“ verträgt. Wenn der Staat keine Macht ausübe, könnten böse Menschen nicht widerstehen und begingen Gewalttaten. Hier ist Widerspruch nötig, denn alle Welt weiß, dass in Böhmen „von oben“ zur Gewalt aufgerufen worden war und gewisse Militäreinheiten die wilden Vertreibungen durchführten.



10. Mai 1945: Roudnice (Raudnitz an der Elbe): Sechs junge Deutsche werden auf dem Hauptplatz aufgehängt. Familien mit Kindern spazieren an den Leichen vorbei.

(F.V.)

Wir trauern um

Herbert Schmidl, Dir. i.R.,

x 2.4.1923, † 28.9.2020

Renate Maschke, geb. Rusy

* Karlsbad 06.05.1927, † 26.10.2021

Tochter des letzten deutschen Oberbürgermeisters von Karlsbad

Heinrich Hoffmann

* Stadt Liebau 31.07.1925, † Landshut 01.12.2021



| | | |
|--|--------------|---------------|
| | | |
| <p>neu! € 45,- (ein absolutes MUSS!)</p> | <p>€ 5,-</p> | <p>€ 11,-</p> |
| | | |
| <p>€ 16,50,-</p> | <p>€ 9,-</p> | <p>€ 10,-</p> |
| | | |

Bestellungen bitte über [wikitobund-bundesverband@freenet.de](mailto:witikobund-bundesverband@freenet.de) oder über die Anschriften im Impressum!